

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung
am Freitag, dem 16.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:40 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören 277/2025	4
2.	Bestellung eines Schriftführers/ einer Schriftführerin und der Stellvertretung 278/2025	5
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
4.	Zuständigkeiten des Ausschusses für Digitalisierung und Vorstellung der Akteure 279/2025	6
5.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets im Rahmen der Zuständigkeit des Ausschusses für Digitalisierung für das Jahr 2026 280/2025	7
6.	Rückblick auf die bisherigen Maßnahmen, Ausblick auf kommende Entwicklungen sowie Sammlung von Themen im Themenspeicher für künftige Sitzungen 281/2025	11
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Altewische, Ulrich	
Bas, Ali	bis 11:30 Uhr
Blex, Klaus, Dr. (Vorsitzender)	
Duhme, Elke	Vertretung für Frau Zimmermeyer-Schürmann
Fiedlers, Nils	Vertretung für Herrn Gette
Franke, Timo	
Freitag, Tim	
Hagemann, Christian	
Heringloh-Poll, Norbert	Vertretung für Frau Dr. Keitlinghaus
Hoffschuld, Fabian	
Hütig, Frank	
Kleene-Reschke, Andrea	bis 11:35 Uhr
Koca, Ertugrul	bis 11:00 Uhr
Kühnel, Andreas	
Lehnert, Susanne, Dr.	Vertretung für Herrn Berkhoff
Siebert, Christoffer	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Welscheit, Martin	
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan, Dr.	
Hanhart, Nadja	
Heimann, Philipp	
Hinrichs, Jens	
Huber, Kathrin	
Külzer, Christoph	
Niebrügge, Stephan	
Ottmann, Michael	
Gäste	
von Neumann, Thilo	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Berkhoff, Henrich	Vertreten durch Frau Dr. Lehnert
Gette, Eugen	Vertreten durch Herrn Fiedlers
Keitlinghaus, Ulrike Christine, Dr.	Vertreten durch Herrn Heringloh-Poll
Zimmermeyer-Schürmann, Heike	Vertreten durch Frau Duhme

Anlagen:

Anlage 1: Präsentation zu den TOP 1 - 5

Anlage 2: Präsentation zu TOP 6

I. Öffentlicher Teil

Herr Dr. Blex, AfD, begrüßt als Ausschussvorsitzender alle Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung.

Er stellt fest, dass zu der Sitzung mit Einladung vom 22.12.2025 form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Herr Dr. Blex stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er stellt die Tagesordnung vor, zu der es keine Einwände gibt.

1.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	277/2025
-----------	--	-----------------

Der Vorsitzende führt Herrn Hoffschuld, Herrn Hagemann, Herrn Franke, Herrn Freitag und Herrn von Neumann (Vertreter für Herrn Freitag) als Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Die Herren sprechen den Text der Verpflichtung:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

2.	Bestellung eines Schriftführers/ einer Schriftführerin und der Stellvertretung	278/2025
----	---	-----------------

Die Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung stimmen über folgenden Beschlussvorschlag ab:

Beschlussvorschlag:

Herr Kreisdirektor Dr. Stefan Funke wird als Schriftführer für den Ausschuss für Digitalisierung bestellt. Er wird vertreten durch den Dezernenten für Bauen, Planung und Umwelt Herrn Michael Ottmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
----	---	--

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Blex meldet sich keine Einwohnerin/ kein Einwohner zu Wort.

4.	Zuständigkeiten des Ausschusses für Digitalisierung und Vorstellung der Akteure	279/2025
-----------	--	-----------------

Dr. Funke stellt die Liste der Zuständigkeiten des Ausschusses für Digitalisierung vor, welche in der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 14.11.2025 beschlossen wurde (Anlage 1, Folie 6). Er stellt das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung vor, welches in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt (Folie 8). Weiterhin stellt er das Amt für Geoinformation und Kataster vor, bei dem der Bereich Geoinformation in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt (Folie 9). Die anderen Bereiche werden vom Bauausschuss abgedeckt.

Herr Ottmann stellt das Breitbandbüro vor (Folie 10). Das Breitbandbüro hat mit dem Glasfaserausbau in den letzten Jahren eines der größten Förderprojekte des Kreises Warendorf umgesetzt und ist auch für den Mobilfunkbereich zuständig.

Dr. Funke ergänzt das Amt für Planung und Naturschutz. Das dort angesetzte Projekt „Smart Region“ wird ebenfalls im Ausschuss für Digitalisierung behandelt. Es betrifft Digitalisierungsprojekte mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Herr Ottmann erläutert, dass das digitale Baugenehmigungsverfahren im Bauausschuss und im Ausschuss für Digitalisierung behandelt wird.

Her Fiedlers, FWG, regt an, die Liste der Zuständigkeiten mit den Gesetzen zu ergänzen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets im Rahmen der Zuständigkeit des Ausschusses für Digitalisierung für das Jahr 2026	280/2025
-----------	---	-----------------

Vor der Haushaltsplanberatung werden die eingereichten Anträge beraten, beginnend mit den Anträgen zur Abschaffung von Kassenautomaten/ Bargeldzahlung beim Kreis Warendorf.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, die in den Kfz-Zulassungsstellen betriebenen Kassenautomaten abzuschaffen. Die Kassenautomaten werden umgehend auf bargeldlose Zahlungen umgestellt. Als Ersatz werden die Arbeitsplätze, soweit noch nicht vorhanden, mit EC-Kartenlesegeräten ausgestattet sowie Möglichkeiten zur kontaktlosen Zahlung per Paypal, Smartphone und Smartwatch geschaffen. Nach einer Übergangszeit von sechs Monaten werden keine Bargeldzahlungen mehr angenommen.

Die FWG Kreis Warendorf beantragt: Der Kreis Warendorf zeigt sich zukunftsorientiert und setzt die digitale Transformation um. Die Zahlungsabwicklungen in den Zulassungsstellen und in der Ausländerbehörde werden zeitnah auf bargeldlose Zahlungen umgestellt.

Dr. Funke erklärt, dass in der Verwaltung insgesamt drei Kassenautomaten im Einsatz sind: in den Kfz-Zulassungsstellen Warendorf und Beckum sowie der Ausländerbehörde in Ahlen. An den Kassenautomaten werden auch EC-Zahlungen abgewickelt. Der Anteil der Bargeldzahlung liegt noch bei ca. 40 Prozent. Die Abwicklungskosten seien tatsächlich hoch. Die Verwaltung schlägt vor die Abstimmung über die Anträge in die nächste Sitzung zu vertagen. Es soll zunächst eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden. Das Ergebnis der Untersuchung soll in der nächsten Sitzung vorgestellt werden. Bis die Entscheidung getroffen ist, werden die Kassenautomaten nicht durch neue Geräte ersetzt.

Herr Hagemann, B90/Grüne, begrüßt den Vorschlag der Verwaltung. Er erläutert, dass bei einer Abschaffung der Kassenautomaten eine Übergangsfrist wichtig ist und die digitalen Zahlungsmöglichkeiten beworben werden müssen. Eine Abschaffung der Kassenautomaten sei ein weiterer wichtiger Schritt.

Herr Fiedlers, FWG, ist mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden. Er betont, dass Bargeld nicht nur Risiken mit sich bringt, sondern auch aufwendig ist, da es kontrolliert und überwacht werden muss. Die digitalen Zahlungsmöglichkeiten seien einfacher.

Herr Westerwalbesloh, SPD, stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Er führt an, dass im Kreis Unna auch auf digitale Zahlungsmöglichkeiten umgestellt wurde, obwohl der Anteil an Bargeldzahlungen bei 80 Prozent gelegen haben soll.

Herr Hütig, AfD, führt an, dass alle Zahlungsmöglichkeiten Kosten mit sich ziehen. Er fragt nach, ob eine vollständige Umstellung auf digitale Zahlungsmöglichkeiten zu-

lässig sei, da Bargeld ein offizielles Zahlungsmittel ist. Er regt an, dass Bargeldzahlungen weiterhin möglich sein sollten.

Dr. Funke erläutert, dass die Umstellung nach erster Recherche rechtlich zulässig sein dürfte. Eine „Notfall-Barkasse“ ließe sich einrichten.

Herr Kühnel, CDU, schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an und begrüßt die Anregung von Herrn Hagemann die Umstellung kundenorientiert zu gestalten.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Vertagung der Abstimmung wird einstimmig angenommen.

Dr. Blex ruft den nächsten Antrag der FWG auf. Die FWG Kreis Warendorf beantragt: Die Ausgabenpositionen werden für das Haushaltsjahr 2026 um mindestens 10 Prozent gekürzt.

Herr Fiedlers, FWG, erläutert den Antrag. Er nennt beispielhaft einige Positionen, in denen die FWG Einsparpotenzial sieht. Der Kreis sollte sparen und eine Kürzung um 10 Prozent bei den Investitionen sei das richtige Signal an die Kommunen im Kreis Warendorf.

Herr Kühnel, CDU, stimmt zu, dass an einzelnen Stellen gespart werden könnte, eine pauschale Kürzung lehnt er allerdings ab.

Herr Niebrügge erläutert, dass die Kosten bei der Digitalisierung steigen. Einsparpotenzial sieht er im Digitalisierungsbereich nicht. Lizenzen seien fast ausschließlich nur noch in Abo-Modellen verfügbar und Hardware wird teurer. Die Preise für Arbeitsspeicher und Festplattenspeicher steigen deutlich, da die weltweite Nachfrage, vor allem durch KI-Rechenzentren, das Angebot übersteigt und Hersteller ihre Produktion zunehmend auf hochpreisige High-End-Segmente verlagern. Es sind Preissteigerungen von 30 Prozent angekündigt worden. Die Verwaltung nutzt kostenlose OpenSource Produkte wo sie kann. Herr Niebrügge hat Verständnis für den Antrag und die damit verbundene Intention. Eine Kürzung bei der Digitalisierung sei aber nicht möglich.

Frau Kleene-Reschke, SPD, plädiert für transparente Verfahren und nachhaltige Einsparungen.

Dr. Funke erläutert, dass die Verwaltung in vielen Bereichen noch hybrid arbeiten muss, teilweise ist sie dazu verpflichtet, da es rechtlich zugesichert wird. Es sei schwierig Digitalisierungserfolge in Zahlen auszudrücken.

Herr Bas, B90/Grüne, versteht den Antrag, findet ihn zu unspezifisch und nicht stringent genug. Es seien zu viele unterschiedliche Posten betroffen.

Herr Hütig, AfD, führt an, dass konkrete Sparvorschläge besser seien. Sparen sei wichtig und richtig, sollte aber gezielt sein.

Herr Fiedlers, FWG, erläutert, dass die pauschale Kürzung bewusst gewählt wurde, um der Verwaltung Spielraum zu geben. Die Verwaltung könne durch gemeinsame Beschaffungen mit den Städten und Gemeinden oder Rahmenverträgen sparen.

Herr Niebrügge gibt an, dass die Verwaltung solche Möglichkeiten nutzt.

Herr Hagemann, B90/Grüne, führt aus, dass im Bereich Digitalisierung nicht pauschal gekürzt werden sollte. Die Verwaltung spare verantwortungsbewusst wo sie könne. Die Gefahr bestünde, dass an falscher Stelle gekürzt würde. Sparen sei im Rahmen der Haushaltsberatung weiterhin wichtig. Durch transparente Berichte der Verwaltung würde dies möglich sein.

Frau Kleene-Reschke, SPD, erläutert, dass die Verwaltung Vorschläge zu Einsparungen vorbringen sollte. Diese wären messbar und es würde an der richtigen Stelle gespart werden.

Herr Kühnel, CDU, gibt an, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne. Die Verwaltung habe ihre Probleme deutlich gemacht und gehe gut mit den Mitteln um.

Dr. Funke erklärt, dass der Vorbericht und die Erläuterungen im Haushaltsplan verbessert wurden um transparenter zu werden. Er schlägt vor, dass der Ausschuss zukünftig auch über die Finanzen im IT-Bereich informiert wird.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der FWG: mehrheitlich abgelehnt

1	Ja (FWG)
18	Nein
0	Enthaltungen

Dr. Blex ruft die zu beratenden Seiten aus dem Haushaltsplan auf.

Herr Hütig, AfD, erkundigt sich zu den Beamern für die Schulen unter der Investitionsnummer 18.12.009 „UWG Investitionen Schulen“. Er fragt nach, ob es bestimmte Beamer sein müssen und gewisse Richtlinien erfüllt werden müssen.

Herr Niebrügge erläutert, dass der Bedarf mit den Schulen abgestimmt ist. Konkrete Richtlinien sind nicht einzuhalten. Genauere Informationen werden nachträglich zu Protokoll gegeben.

Nachtrag:

Das Land NRW macht den Schulträgern keine Vorgaben bezüglich der zu verwendenden Präsentationstechnologie. Seit 2021 beschafft der Kreis Warendorf einheitliche Beamer für die Schulen, mit lichtstarker LED-Laser-Technologie (derzeit 4500 Lumen) um auch tageslichtunabhängig klare Projektionen zu ermöglichen. Die LED-Technologie ist auch wartungsarm, auf Grund einer Lampenlebensdauer von über 20.000 Betriebsstunden. Durch die geringe Hitzeentwicklung der LED-Technologie und das Lüfterlose Design sind die Beamer im Klassenraumbetrieb zudem besonders geräuscharm. Die aktuellen Modelle sind weiterhin auf mindestens einem Anschluss „4k-Ready“ und bieten somit eine Ausbaureserve gegenüber weiteren technologischen Entwicklungen und Ausstattungskonzepten.

Dr. Funke schlägt vor, die auf Seite 381 mit 10.000 € veranschlagte Ersatzbeschaffung für Messgeräte im Geoinformationsbereich in das Jahr 2028 zu verschieben.

Herr Ottmann erläutert zum Budget des Breitbandbüros, dass dort Fördermittel und Eigenanteile veranschlagt seien sowie die Abschreibungen der fertiggestellten Leitungen und geplante Messungen für den Mobilfunkbereich.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2026 sowie der dazugehörigen Änderungslisten wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Digitalisierung gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
18 Ja
0 Nein
1 Enthaltungen FWG)

6.	Rückblick auf die bisherigen Maßnahmen, Ausblick auf kommende Entwicklungen sowie Sammlung von Themen im Themenspeicher für künftige Sitzungen	281/2025
-----------	---	-----------------

Dr. Funke erläutert, dass die Verwaltung deutlich digitaler arbeitet als noch vor fünf Jahren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spüren es deutlich und auch für die Bürgerinnen und Bürger wird es immer spürbarer. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und die Verwaltung möchte dies noch weiter bewerben.

Frau Hanhart gibt anhand der beiliegenden Präsentation (s. Anlage 2) einen Rückblick über die Ausschussarbeit der letzten 5 Jahre. Sie gibt zunächst einen Überblick über die umgesetzten Maßnahmen für Bürgerinnen und Bürger (s. Folie 5). Hierzu gehört unter anderem das Serviceportal, das Bauportal und die Einführung des digitalen Bauantrages.

Herr Ottmann beantwortet die Anfrage der FWG. Der Kreis Steinfurt hat in einer Pressemitteilung bekanntgegeben, als erster Kreis mit vollem digitalen Baugenehmigungsverfahren gestartet zu haben. Herr Ottmann erläutert, dass der Kreis Warendorf als erstes einen digitalen Bauantrag vollständig über die Kommunikationsplattform NRW abgewickelt hat. Die Kommunikationsplattform NRW stockte in der Umsetzung. Der Kreis Steinfurt hatte in der Zwischenzeit eine Übergangslösung gewählt, der Kreis Warendorf hat abgewartet.

Aktuell sei man in der zweiten Umsetzungsphase und involviere weitere Architekturbüros. Das Land soll entscheiden, wann die Verwaltungen nicht mehr hybrid arbeiten müssen. Dies ist für die neue Landesbauordnung angekündigt.

Herr Hinrichs gibt einen Überblick zu den Projekten aus den Geoinformationsbereich (Folien 7 – 9). Neue Befliegungen sind erst ab 2028 wieder geplant.

Frau Hanhart berichtet über den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Kreis Warendorf, dem Chatbot (Folie 10).

Herr Westerwalbesloh, SPD, bittet darum, aktualisierte Zahlen zum Chatbot zu Protokoll zu geben. Er fragt nach, ob bereits Erfahrungen im Hinblick auf Einsparungen bei den Personalkosten vorliegen.

Nachtrag:

Die Zahlen beim Chatbot sind relativ konstant und liegen bei durchschnittlich 12 – 14 Konversationen am Tag. Dabei werden pro Tag etwa 45 Einzelfragen gestellt.

An Wochentagen liegt die Zahl der Konversationen bei 17 – 18 pro Tag. An Wochenenden bei 6 – 8 pro Tag.

Insgesamt hat es seitdem er auf der Website verfügbar ist, 6.089 Konversationen mit 20.889 Fragen gegeben.

Frau Hanhart erläutert, dass der Chatbot eine 24/7 Erreichbarkeit gewährleiste. Es sind verschiedenste Nutzergruppen betroffen, konkrete Zahlen zu Einsparungen liegen noch nicht vor, die müssen noch erarbeitet werden. Zukünftig wird in der Verwaltung auch noch ein Phonebot eingesetzt.

Dr. Funke ergänzt, dass der Phonebot die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten solle. Es gehen immer wieder Anrufe, beispielsweise in der Kfz-Zulassungsstelle, ins Leere und es handelt sich bei vielen Anrufen um einfache Fragen zu Öffnungszeiten und ähnlichem. Der Phonebot kann – wie der Chatbot – diese Fragen zukünftig automatisiert direkt beantworten.

Frau Hanhart ergänzt, dass der Chatbot noch nicht beworben wurde, da die Verwaltung zu Beginn erst die Qualität der Antworten beobachtet.

Dr. Funke gibt an, dass der Chatbot immer weiterentwickelt wird. Dieser kann das passende Antragsformular für die Nutzerinnen und Nutzer aus dem Serviceportal raussuchen.

Frau Hanhart erläutert, dass der Chatbot seine Antworten unter anderem aus dem Serviceportal zieht. Dieses wird von den Ämtern der Verwaltung immer aktuell gehalten.

Herr Hagemann, B90/Grüne, fragt nach, ob die Verwaltung eine Verbesserung bzw. einen Rückgang an Telefonaten durch die digitalen Kontaktmöglichkeiten erkennen kann. Er möchte auch wissen, wie gut die Qualität der Antworten des Chatbots sind.

Frau Hanhart erläutert, dass ein Kollege die Qualität des Chatbots durchgehend überwacht. Es wird aber immer noch viel hybrid gearbeitet. Sie betont, dass die digitale Kultur eingeführt werden muss. Anfangs haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger große Angst, aber anschließend gibt es viele positive Rückmeldungen. Zum aktuellen Zeitpunkt lassen sich die Erfahrungen noch nicht mit Zahlen belegen.

Herr Niebrügge ergänzt, dass es keine Rückmeldungen zu vollkommen falschen Angaben des Chatbots gibt.

Herr Fiedlers, FWG, weist darauf hin, dass die Barrierefreiheit stärker beachtet werden müsse.

Herr Heimann berichtet zum Stand der Förderphasen beim Glasfaserausbau (s. Folie 12).

Frau Hanhart stellt anschließend die Maßnahmen für die Kreisverwaltung vor (ab Folie 11), darunter die umgesetzte modernisierte Digitalisierungsstrategie mit Roadmaps und den aktuellen Stand der Umstellung auf Notebookarbeitsplätze. Die Kreisverwaltung könne schon jetzt durch die verschiedenen Digitalisierungsmaßnahmen effizienter arbeiten und sei dadurch auch ein attraktiverer Arbeitgeber. Sie gibt einen kurzen Ausblick über anstehende Projekte (Folie 20).

Herr Külzer berichtet über die geplante Mobilfunkmessung (Folie 23).

Frau Hanhart gibt den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit Themen für zukünftige Sitzungen zu nennen. Diese können gerne jederzeit an die Verwaltung herangetragen werden.

Herr Westerwalbesloh, SPD, fragt nach, ob sich die Verwaltung im Bereich Telefonie besser aufstellen möchte.

Herr Niebrügge erläutert, dass die Verwaltung sich damit seit dem letzten Jahr beschäftigt und entsprechend Mittel im Haushalt 2026 eingeplant hat.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Herr Dr. Blex bedankt sich bei allen Mitgliedern des Ausschusses für Digitalisierung und beendet die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez.

Dr. Klaus Blex
Vorsitz

gez.

Dr. Stefan Funke
Schriftführer